

Aufruf zum Augsburger Ostermarsch 2008

Krieg ist Terror

Gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit hat der Bundestag im vergangenen Jahr die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan beschlossen. Der Krieg eskaliert weiter, eine Situation wie die im Irak zeichnet sich ab. Der Nahe Osten, Zentralasien und Afrika sind zum Spielball der USA und der sich militarisierenden EU geworden; Russland, China und Indien sind bereits Konkurrenten im Ringen um politische und ökonomische Macht.

Neue Kriege, Militärinterventionen, Militärstützpunkte und die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs sind wesentliche Bestandteile dieser Entwicklung. Der Krisenbogen vom Nahen und Mittleren Osten bis Zentralasien ist zu einem Schwerpunkt bei der Planung und Durchführung von Kriegen und Militärinterventionen gemacht worden, die letztlich der Sicherung von Einflusszonen, Rohstoffquellen und Absatzmärkten dienen.

Diese Konflikte verschärften sich immer weiter: Die türkische Armee geht im Nordirak gegen die PKK vor, die israelische Luftwaffe bombardierte eine angebliche syrische Nuklearanlage und engt die Bewegungsfreiheit der Palästinenser immer weiter ein. Im Irak lässt weder die Gewalt noch der Flüchtlingsstrom nach Syrien und Jordanien nach, wo inzwischen zwei Millionen irakischer Flüchtlinge notdürftig Unterkunft gefunden haben. Nach Zählung der Just Foreign Policy wurden im Irak bereits mehr als eine Million Menschen Opfer des Krieges.

Die Zahl der Anschläge gegen die Besatzungsmächte in Afghanistan erreichte 2007 neue Rekordmarken, die 2002 bereits besiegt scheinenden Taliban sind so stark wie seit fünf Jahren nicht mehr. Auch auf dem Balkan wächst die Kriegsgefahr wieder. Denn die Präsenz der ausländischen Truppen hat die Probleme in dieser Region nicht gelöst sondern nur unterdrückt. Und die völkerrechtswidrige Anerkennung des Kosovo als eigenem Staat wird den bestehenden Konflikt nur noch weiter verschärfen.

Dazu kommen noch die Pläne von Teilen der Bush-Regierung, einen Krieg gegen den Iran zu führen - wohl um einerseits China, Russland und einige widerspenstige europäische Staaten auf Linie zu bringen und die eigenen Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Auch ein Bericht der eigenen Geheimdienste, der eine Einstellung des iranischen Atomwaffenprogramms feststellt, bringt Bush nicht von seinen Kriegsplänen ab. Nach offizieller Lesart sollten die Kriege der USA und der EU Frieden bringen und den Terrorismus bekämpfen. Misst man die Politik an diesen Maßstäben, dann ist sie gescheitert.

Der „Krieg gegen den Terror“ und die Beschneidung von Bürgerrechten

Die Gefahr für uns alle, ins Visier terroristischer Angriffe zu geraten, steigt mit der Zahl und der Intensität der Kriegseinsätze der Bundeswehr. Die Angst vor Terroranschlägen wird von Politikern wie dem Bundesinnenminister Schäuble noch weiter geschürt, um in einem nie da gewesenen Maße demokratische Grundrechte aushöhlen zu können - Stichworte sind hier die Vorratsdatenspeicherung und der „Bundestrojaner“. Der verfassungswidrige Bundeswehreinsatz in Heiligendamm hat 2007 einen weiteren Schritt zur inneren Militarisierung dargestellt. Darin sehen wir flankierende Maßnahmen zur Durchsetzung einer expansiven Außenpolitik mit weltweiten militärischen Interventionen, die von der Bevölkerungsmehrheit nicht unterstützt wird.

Militäreinsätze beenden – Neue Kriege verhindern!

Unsere Forderung an die Bundesregierung sind daher das Ende aller Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland, ein Ende der logistischen Unterstützung des Irakkrieges und eine entschiedene Opposition gegen die US-amerikanischen Pläne für einen Krieg gegen den Iran. Stattdessen soll sich die Bundesregierung für die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten einsetzen, was auch die Beseitigung der israelischen Atomwaffen beinhalten muss. Letztlich müssen aber alle Atomwaffen weltweit verschwinden. Denn die Arsenale der Atommächte reichen auch nach Ende des Kalten Krieges zur mehrfachen Zerstörung der Erde. Die Waffen werden nicht nur einsatzfähig gehalten sondern auch modernisiert. Dabei sind sie illegal. Der internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag hat sie für "generell völkerrechtswidrig" erklärt, damals ein erster Erfolg der international vernetzten Kampagne "Atomwaffen abschaffen!". Sie fordert eine Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2020, eine Forderung, der sich auch die Augsburger Friedensinitiative anschließt.

Aber letztlich lassen sich die vielen schwelenden und offenen Konflikte in der ganzen Welt nur lösen, wenn gleiches Recht aller Menschen auf eine menschenwürdige Existenz anerkannt wird, die Menschenrechte geachtet und gerechte und ökologisch vertretbare Weltwirtschaftsstrukturen etabliert werden.